

PAUKOS im Gespräch mit Sebastian Fischer

PAUKOS: „Spiegel online“ schrieb auf seiner Website vor wenigen Tagen: „Hass und Gewalt - Neonazis, Skinheads, Kameraden: Der gewaltbereite braune Kern in Deutschland ist klein, doch rechtsradikale Ansichten sind bei vielen salonfähig. Wurde der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren unterschätzt?“ Zunächst die Frage, werden hier nicht zwei verschiedene Ausprägungen rechter „Gesinnung“ vermengt: „Rechtsradikal“ und „Rechtsextremismus“?

Sebastian Fischer: Die begriffliche Unterscheidung von „Rechtsradikalismus“ und „Rechtsextremismus“ basiert auf einer verfassungsrechtlichen Definition des Phänomens. Als „rechtsradikal“ werden die politischen Aktivitäten und ideologischen Überzeugungen bezeichnet, die noch nicht die Schwelle zur direkten Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat überschritten haben. „Rechtsextrem“ wird derjenige Teil des rechten Spektrums genannt, der sich dezidiert gegen die verfassungsrechtliche Ordnung richtet. Diese verfassungsrechtliche Definition ist in der Politikwissenschaft umstritten. Die Konzentration auf die Qualität der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates ist eine analytisch unzureichende Perspektive. Eine aussagekräftige Bestimmung muss die inhaltlichen Charakteristika in den Blick nehmen.

Wenn man die inhaltlichen Positionierungen der extremen Rechten betrachtet, wird man einen gemeinsamen ideologischen Kern feststellen können. Der Unterschied ist somit eher als ein gradueller, weniger als

ein qualitativer zu verstehen. Der Widerstand gegen Migration, die Darstellung der politischen Parteien als unfähig und korrupt, die Forderung nach schärferen Gesetzen und harten Strafen, die Betonung der Notwendigkeit einer Führung von Menschen oder die Warnung vor zu viel Toleranz sind dort zu finden. Auch wenn es sich bei diesen Losungen nicht um exklusive Merkmale der extremen Rechten handelt - man denke etwa an die verbreitete Problemdiagnose einer Gefährdung westlicher Gesellschaften durch den Islam bzw. Islamismus und an die als Konsequenz zu ergreifenden Maßnahmen oder die Forderungen nach einer Verschärfung bestehender Gesetze als Antwort auf verschiedenste Probleme in der Gesellschaft - so ist es vor allem die Prononziertheit, mit der entsprechende Schuldzuweisungen und Forderungen nach Ausgrenzung vorgenommen



Bild: <http://www.publikative.org>
werden, die als ein wesentliches Merkmal der extremen Rechten anzusehen ist.

PAUKOS: Ist die Frage von „Spiegel online“ berechtigt? Wurde der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren unterschätzt? Im Vorwort zum Nds. Verfassungsschutzbericht 2010 schreibt Innenminister Schünemann noch: „Erfreulicherweise hat das rechtsextremistische



Personenpotenzial insgesamt ein weiteres Mal abgenommen von 2.195 auf 2.045.“ Jetzt, nach den Taten und der Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle, war Herr Schünemann einer der ersten, der Sanktionen gegen die NPD forderte (Wegfall der Parteienfinanzierung).

Sebastian Fischer: In den Verfassungsschutzberichten wird seit mehr als 10 Jahren über die sich auf einem hohen Niveau verstetigende rechtsextreme Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit hingewiesen. Weit über 100 Menschen starben durch rechtsextreme Gewalt. Angesichts dieses nicht zu übersehenden Ausmaßes rechtsextremer Gewalt ist es schwer vorstellbar, dass der Rechtsextremismus unterschätzt wurde. Vieles spricht dafür, dass politische Prioritätensetzungen zu einer Unter- und Überschätzung der Gefahrenlage führten. Ganz allgemein konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit seit dem 11. September 2001 auf den Islamismus. Ein Vergleich der durch

Sebastian Fischer (Dipl. Soz. Wiss., Dipl. Päd.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover mit den Arbeitsschwerpunkten Politische Bildung, Rechtsextremismusforschung und Methoden qualitativer Sozialforschung.

den Verfassungsschutz erfassten islamistischen Gewalt mit der rechtsextremen Gewalt zeigt, dass eine erklärungsbedürftige Disparität zwischen dem Ausmaß der ausgeübten Gewalt und ihrer gesellschaftlicher Skandalisierung besteht.

PAUKOS: *Herr Fischer, Sie haben sich bereits 2006 in Ihrer Diplomarbeit mit dem Thema Rechtsextremismus bei Jugendlichen beschäftigt und dabei einen Vergleich verschiedener Erklärungskonzepte für die Entstehung derartiger Einstellung vorgenommen. Zu welchen Ergebnissen sind Sie dabei gekommen? Was sind die Bedingungen für die Generierung rechter Gesinnungen und vor allem der Bereitschaft zu gewalttätigen Aktionen?*

Sebastian Fischer: Grundsätzlich konzentrieren sich die verschiedenen Erklärungsansätze des Rechtsextremismus bei Jugendlichen auf verschiedene Aspekte des Phänomens. Sie machen auf bestimmte Ursachen des Rechtsextremismus aufmerksam und lassen andere außen vor. Es wird angenommen, dass Jugendliche bei ihrer Suche nach Action, Spaß und Abenteuer auf rechtsextreme Erlebnisangebote zurückgreifen. Auch richten viele Wissenschaftler ihre Aufmerksamkeit auf Defizite in der Sozialisation von Jugendlichen. Das Problem bei diesen Erklärungsansätzen ist, dass sie oftmals den Rechtsextremismus als ein weitgehend unpolitisches Jugendphänomen betrachten. Diesen Ansätzen fällt es insgesamt schwer, die in den repräsentativen Meinungsumfragen festgestellte Zunahme von extrem rechten Einstellungen unter Jugendlichen zu erklären. Erklärungsansätze, die sich mit Prozessen der politischen Präferenzgenese von Jugendlichen befassen, machen dagegen auf die Rolle der politischen Kultur aufmerksam. Hier wird gewissermaßen eine Verschiebung des politischen Koordinatensystems

beschrieben, die insgesamt dazu führt, dass extrem rechte Politikangebote als plausible Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen wahrgenommen werden.

Die Ausübung rechtsextremer Gewalt basiert grundsätzlich auf der subjektiven Annahme, dazu berechtigt zu sein. Sie erscheint als notwendig. Dabei spielt die wahrgenommene soziale Erwünschtheit des eigenen Verhaltens im gesellschaftlichen Umfeld ebenso eine wichtige Rolle wie individuelle Dispositionen und situative Faktoren. Dass die militant gegen Polizei und politischen Gegner auftretenden autonomen Nationalisten innerhalb der extremen Rechten an Bedeutung gewinnen, macht darauf aufmerksam, dass die Ausübung von Gewalt einen verstärkt instrumentell-politischen Charakter hat.

PAUKOS: *Gibt es schicht- bzw. milieu-spezifische Auffälligkeiten und wie hoch schätzen Sie das Potential ein? Vermutlich ist es auch schwierig, hier bei der Ausprägung rechter Gesinnung eine Abgrenzung vorzunehmen von extrem rechter „Weltanschauung“ bis hin zum „verdeckter Fremdenfeindlichkeit“.*

Sebastian Fischer: Die Anzahl der Menschen, die beispielsweise Vorbehalte gegenüber Migranten haben, ist um ein Vielfaches höher als die Anzahl derjenigen, die ein geschlossen rechtsextremes Weltbild besitzen. Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen aus dem Jahr 2009 stimmen 29,7 Prozent der 15-jährigen Schüler in Niedersachsen der Aussage „In Deutschland leben zu viele Ausländer“ voll und ganz zu. Weitere 34,8 Prozent stimmen eher zu. Zahlen in dieser Größenordnung finden sich auch in anderen repräsentativen Untersuchungen. Ein „rechtsextremes Verhalten“ wird bei acht Prozent der Neuntklässler festgestellt. Vier Prozent der Befragten gaben an, Mitglied

einer rechten Gruppierungen oder Kameradschaft zu sein. Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass bis zu 15 Prozent der Bevölkerung eine rechtsextreme Einstellung besitzen.

Schichtspezifische Unterschiede bei der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen werden in mehreren Untersuchungen festgestellt. In den letzten Jahren zeigt sich jedoch, dass auch die privilegierten Teile der Bevölkerung zunehmend extrem rechte Haltungen aufweisen. Insbesondere im Bereich des Rechtspopulismus beschreibt die jüngste Untersuchung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Wilhelm Heitmeyer eine deutliche Annäherung der oberen an die unteren Gesellschaftsschichten. Heitmeyer interpretiert diesen Befund als Zeichen für eine „verrohte Bürgerlichkeit“. Ein Blick auf die jüngsten Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenhang von Bildung und rechtsextremer Einstellung befassen, zeigt ein wenig einheitliches Bild. Während bis vor ca. fünf Jahren eine weitgehende Immunität bei Gymnasiasten festgestellt wurde, deuten die Ergebnisse neuerer Untersuchungen darauf hin, dass auch hier ein beträchtlicher Teil der Schüler Sympathien für extrem rechte Standpunkte besitzt.

PAUKOS: *In Ihrer Dissertation befassen Sie sich mit der Frage, welche Sinnbildungskompetenzen Schüler in Bezug auf den Lerngegenstand Rechtsextremismus besitzen. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung nachhaltiger Bildungsangebote gegen Rechtsextremismus. Wie denken Schüler über Rechtsextremismus?*

Sebastian Fischer: Ich habe in einer qualitativen Studie die Vorstellungen von 83 Schülern der 9. Klasse des Gymnasiums mit den Verfahren der thematischen Zeichnung, des offenen Fragebogens und des teilstrukturierten Interviews untersucht. Im Vergleich zu den mehrere Dimensionen

umfassenden wissenschaftlichen Definitionen des Syndroms Rechtsextremismus bestimmen die Schüler den Rechtsextremismus vor allem über zwei bis drei Merkmale. Gewalt, „Ausländerfeindlichkeit“ sowie der Nationalsozialismus sind hier die zentralen Bestimmungsmerkmale. Bei den Erklärungen des Rechtsextremismus dominieren Ursachenzuschreibungen, die die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen auf ökonomische oder soziale Probleme, geringe Bildung oder Intelligenz zurückführen. Überraschenderweise versteht beinahe die Hälfte der Schüler den Rechtsextremismus als eine Reaktion auf das Verhalten von „Ausländern“. Der Rechtsextremismus wird von einem beträchtlichen Teil der Schüler über den Nationalsozialismus verstanden. Das bedeutet, dass der Rechtsextremismus über die Erscheinungsformen des historischen Nationalsozialismus identifiziert und die politische Agenda des heutigen Rechtsextremismus über die nationalsozialistische Ideologie bestimmt wird. Vergleiche verschiedener Klassen deuten darauf hin, dass Schüler, die sich als „Patrioten“ definieren und ihren Standpunkt in offensiver Weise in den Unterricht einbringen, in der Lage sind, Einfluss auf die Vorstellungen der politisch weniger festgelegten Schüler zu nehmen. Sie scheinen in wirkungsvoller Weise ein spezifisches Agendasetting zu betreiben. In der Folge kommt es zu einer Rehabilitierung extrem rechter Denkweisen.

PAUKOS: *Auf dem SPD-Bundesparteitag wurde ein schärferes Vorgehen gegen alle Formen des organisierten Rechtsextremismus gefordert: „Wir wollen, dass die menschenverachtende NPD endlich verboten wird“, so lautet es in einer von den Delegierten einstimmig verabschiedeten Resolution. Wie schätzen Sie die Wirkung eines NPD-Verbotes ein?*

Sebastian Fischer: Das Verbot der NPD hätte zur Folge, dass die in der NPD organisierte extreme Rechte auf den größten Teil ihres Budgets in Form von staatlichen Mitteln verzichten müsste. Auch die politische Diskreditierung der in einigen Regionen sehr bürgerlich auftretenden NPD-Aktivistinnen wäre ein positiver Effekt. Andererseits wird ein Verbot der NPD nicht zu einem Meinungswandel bei ihren Mitgliedern führen. Innerhalb der extremen Rechten könnten sie sich in gewohnter Weise als die Opfer staatlicher Unterdrückung inszenieren. Grundsätzlich denke ich, dass die Wirkung eines Verbots der NPD überschätzt wird.

PAUKOS: *Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung ist der Verdacht, dass staatliche Stellen die Täter gedeckt, vielleicht sogar unterstützt hätten, nicht begründet. Mir drängt sich hier der Verdacht auf, dass ein Nebenschauplatz konstruiert wird. NPD-Verbot und „Verschwörungstheorien“ führen m.E. nur dazu, schnelle Lösungen zu finden bzw. „falsche Ursachen“ zu bekämpfen und anschließend wieder zur Tagungsordnung überzugehen. Aber mit dem guten Gefühl, wir haben ja etwas gemacht.*

Sebastian Fischer: Die bisherige Auseinandersetzung folgt einem bekannten Muster. Nach aufsehenerregenden Gewalttaten wird die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus betont. Bereits kurze Zeit später wird zum Tagesgeschäft übergegangen. Im Vergleich zu den Reaktionen der norwegischen Regierung nach der massenweisen Erschießung von Jugendlichen durch

Anders Behring Breivik, die darauf hinwies, dass man sich von niemandem die Errungenschaft einer offenen Gesellschaft mit weitreichenden Bürgerrechten nehmen lassen werde, sind die Reaktionen der deutschen Regierung durchaus als problematisch einzuschätzen. Die Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte wird den Rechtsextremismus nicht schwächen.

Eine nachhaltige Strategie gegen Rechtsextremismus kann sich nicht darauf beschränken, den Blick auf den Rand der Gesellschaft zu richten und dabei Entwicklungen zu übersehen, die auf einer weniger offensichtlichen Weise die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft gefährden. Wenn es um die Bedrohung der Demokratie durch den Rechtsextremismus geht, muss der Blick erweitert werden. Gruppen gewalttätiger Neonazis stellen ein großes, aber letztendlich polizeilich lösbares Problem dar. Schwieriger gestaltet sich der Umgang mit gesellschaftlich weiter verbreiteten Vorstellungen. Nicht zuletzt die Diskussion um die Thesen Sarazins, der sich bemühte, einen biologischen Rassismus wieder salonfähig zu machen, wirft Fragen auf, ob die Gefährdung der Gesellschaft von rechts angemessen wahrgenommen wird.

PAUKOS: *Herr Fischer, ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie sich trotz Ihrer starken Arbeitsbelastung die Zeit zur Beantwortung meiner Fragen genommen haben. Ich wünsche Ihnen noch weiterhin viel Erfolg, insbesondere für Ihre Dissertation.*

Die Fragen stellte Henrik Peitsch

Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.